

PRESSEMITTEILUNG #343 - 08. März 2022

Beate Raudies:

## **Pandemie und Krieg bringen besondere Herausforderungen für die Gleichberechtigung mit sich!**

Anlässlich des heutigen internationalen Weltfrauentags erklärt die gleichstellungspolitische Sprecherin und stv. Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Beate Raudies:

„Auch wenn schon viel erreicht wurde, so ist die Gleichberechtigung auch im Jahr 2022 noch längst nicht in allen Bereichen verwirklicht. Hinzu kommt, dass Gleichstellung von Männern und Frauen derzeit durch die Covid19-Pandemie und den Krieg in der Ukraine in den Hintergrund zu geraten droht.

Vor allem der Druck auf Frauen hat sich durch die Pandemie enorm erhöht. Neben ihrem Job im Homeoffice übernahmen sie oft noch die Betreuung und das Homeschooling der Kinder. Zudem zeigen jüngste Umfragen und Statistiken eine deutliche Pandemie-bedingte Zunahme von Gewalt gegen Frauen. Die notwendig gewordenen Ausgangsbeschränkungen gingen oft mit einer Zunahme häuslicher Gewalt einher.

Der Weltfrauentag steht aber auch im Licht der sich zuspitzenden Ukraine-Krise. Frauen werden in bewaffneten und kriegerischen Auseinandersetzungen Opfer unterschiedlichster Formen von Gewalt. Wir erleben derzeit, wie Hunderttausende Frauen aus ihrer Heimat fliehen müssen. Das hat kurz- und langfristige Folgen auf ihr Leben. Diese reichen von oftmals fehlender Gesundheitsversorgung bis hin zur erhöhten Gefahr, in eine wirtschaftlich prekäre Situation abzurutschen. Viele Frauen verlieren den Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt und sind dieser Situation schutzlos ausgeliefert.

Frauen können sich auf die SPD verlassen: Wir werden nicht damit aufhören, jede Form von Diskriminierung und Gewalt konsequent zu bekämpfen! Deshalb haben wir im Laufe dieser Legislaturperiode mehrere Initiativen gestartet und diverse Anträge in den Landtag eingebracht. Über die letzten Jahre haben wir uns für eine bedarfsgerechte Finanzierung der Frauenhäuser und Frauenfacheinrichtungen stark gemacht. Leider hat Jamaika unsere diesbezüglichen Anträge abgelehnt. Auch werden die Ergebnisse der Bedarfsanalyse von der Regierung nicht umgesetzt.

Die Koalition weigert sich nach wie vor, bei den EU-Förderprogrammen Gender Budgeting stärker zu berücksichtigen. Eine Entscheidung über einen von uns eingebrachten Antrag wurde in den Ausschüssen wieder verschoben.

Dass Männer und Frauen auch im Jahr 2022 noch unterschiedlich bezahlt werden, ist einer modernen Gesellschaft schlichtweg unwürdig. Trotzdem wurde unser Antrag zur Entgeltgleichheit von Jamaika abgelehnt. Einen großen Wurf hin zu mehr Lohngerechtigkeit wird es allerdings mit dem neuen Mindestlohn geben. Studien zeigen, dass Frauen zu den

Hauptbegünstigten der Mindestlohn-Erhöhung zählen werden. Denn: Die Wahrscheinlichkeit, von niedrigen Löhnen betroffen zu sein, ist für Frauen in Deutschland doppelt so hoch wie für Männer.“